



Engagierte Debatte: Jon Domenic Parolini, Hans Vetsch, Marcus Caduff, Roman Hug, Peter Peyer, Carmelia Maissen und Martin Bühler (von links) kreuzen unter der Moderation von Olivier Berger die Klinge.

Bild Olivia Aepli-Item

Von Direktverbindungen ins Engadin und Silicon Valley

Die Wirtschaftsdachorganisationen haben zu einem Podium mit allen Regierungsratskandidierenden geladen. Dabei war für einmal auch etwas Träumen erlaubt.

von Patrick Kuoni

Die Bürokratie ist neben dem Fachkräftemangel eines der grössten Probleme, welches die Bündner Wirtschaft aktuell im Kanton sieht. Dies zeigt eine Umfrage der Dachorganisationen Wirtschaft, an welcher rund 500 Betriebe aus dem ganzen Kanton teilgenommen haben. Dementsprechend war dies auch ein Schwerpunktthema bei der von den Dachorganisationen organisierten Podiumsdiskussion im Churer Titthof mit allen sieben Regierungsratskandidierenden. Der Moderator des Abends, Olivier Berger, stellvertretender Chefredaktor der «Südostschweiz», wollte von den Kandidierenden wissen, wie konkret weniger Bürokratie und Regulierungen zu erreichen seien.

Bürokratie vs. Rechtssicherheit

Martin Bühler (FDP) sprach die Digitalisierung an. «Mit dieser können Prozesse effizienter gestaltet werden.» Und gerade die Coronapandemie habe bewiesen, dass man in diesem Bereich schnell einen grossen Schritt vorwärtskommen könne. Der aktuelle Regierungspräsident, Marcus Caduff, (Mitte) erklärte, weshalb aus seiner Sicht Bürokratie überhaupt entsteht: «Niemand will Bürokratie, aber alle wollen Rechtssicherheit, alle wollen Schutz des Eigentums.» Die Diskussion über das Thema sei immer sehr abstrakt. «Was wir brauchen, ist Menschenverstand. Es ist eine Führungsaufgabe, dass man den Mitarbeitenden immer wieder mitgibt, dass sie hinterfragen, ob alle Aufgaben, die momentan gemacht werden, auch tatsächlich notwendig sind.»

Jon Domenic Parolini (Mitte) brachte die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ins Spiel, wo die Regierung bereits dran sei. «Wir haben beispielsweise in meinem Departement den

Lehrmittelvertrieb reorganisiert und damit Kosten eingespart», so der aktuelle Bildungsdirektor. Roman Hug (SVP) bemängelte, dass es viel zu ausführliche Verordnungen gebe. «Da hat die künftige Regierung Handlungsspielraum, indem sie die Mitarbeitenden so führt, dass sie wissen, wir haben Bundesvorgaben, die wir umsetzen müssen, aber wir schränken keinen Millimeter mehr ein.»

Schnittstellen und Kommunikation

Carmelia Maissen (Mitte) sieht bei der Digitalisierung ebenfalls viel Luft nach oben. «Wir verstehen Digitalisierung aktuell mehr so, dass ein analoges Formular in ein digitales überführt wird und wir dann das Gefühl haben, dass wir nun die digitale Transformation geschafft haben.» Stattdessen müsste ihrer Meinung nach die Vernetzung viel besser funktionieren und Schnittstellen müssten geschaffen werden, «damit eine Information auch nur einmal eingegeben werden muss».

Eine andere Sichtweise nahm Peter Peyer (SP) ein. Er hielt fest, dass man zwar in den letzten drei Jahren nicht Gesetze abgeschafft, aber in Kommunikation investiert habe. «Wir sind mit sehr vielen Beschwerden konfrontiert. Häufig deshalb, weil die Leute nicht verstehen, was der Sinn ist oder weil es zu juristisch formuliert ist. Deshalb ist es wichtig, einfacher zu erklären, und da haben wir investiert», so der Justizdirektor.

Am Sonntag in zwei Wochen wird klar, wer die Gunst des Bündner Wahlvolkes für sich gewinnen konnte.

Einen konkreten Vorschlag, wo man Bürokratie abbauen könnte, hatte Hans Vetsch (parteilos). Er plädierte dafür, dass das Steueramt auch gleich beurteilt, ob Prämienverbilligungen bei Krankenkassen zugestanden werden können oder nicht. «Aktuell muss ich mich für Steuern und Krankenkassenprämien an zwei Stellen wenden, obwohl das Steueramt alle Daten hätte, um eine Beurteilung vorzunehmen.»

Schienenverkehr als Trumpf

Gefordert waren die sieben Kandidierenden bei der Frage nach Zukunftsvisionen für den Kanton. Dabei durfte gemäss Fragestellung auch etwas geträumt werden. Gross dachte Vetsch. Er träumte davon, das ständige Stauproblem im Prättigau mit einer direkten Zugverbindung von Landquart ins Engadin zu lösen. Die Autos sollen gemäss seiner Vision bereits in Landquart von der Strasse auf die Schiene überführt werden. «Gleichzeitig soll der Tourismus mehr auf Qualitäts- und weniger auf Massentourismus setzen.»

Peyer sieht im Graubünden der Zukunft einen energieautarken Kanton mit Wind, Wasser und Sonne als Energielieferanten. Und er hat noch eine gewagtere Idee: «Aus den heutigen elf Regionen sollen elf Gemeinden werden, so sparen wir uns eine Staatsebene und somit auch viel Geld.» Ausserdem würden nach Ansicht von Peyer auch potente Gemeinden entstehen.

Maissen vertrat die Vorstellung, dass der Kanton mit den vorhandenen Ressourcen so umgehen solle, «dass auch die Generationen, die nach uns kommen, noch den gleichen Handlungsspielraum haben wie wir». Sie sollen gemäss Maissen nicht Altlasten abarbeiten und entsorgen müssen.

Hug wollte nicht von einer Vision sprechen, sondern eine klare Umsetzung des föderalistischen Systems

schmackhaft machen. «Jede Gemeinde soll sich so entwickeln können, wie sie das für richtig hält.» Der Kanton solle die Instrumente liefern, damit die Menschen vor Ort die Probleme selber lösen könnten.

Kanton soll attraktiv bleiben

Mitte-Regierungsrat Parolini äusserte den Wunsch, dass jede und jeder überall im Kanton leben und arbeiten können soll. «Um das zu erreichen, müssen wir viel mehr bei der Digitalisierung ansetzen.» Weiter müssten die Verkehrswege verbessert werden.

Sein Parteikollege Caduff zielte in eine ähnliche Richtung. «Meine Urnenkel sollen in einem lebenswerten und attraktiven Kanton leben können.» Er äusserte aber auch eine wirtschaftliche Vision: «Graubünden soll das Silicon Valley der Alpen werden.» Bereits jetzt sei man mit der Innovationsstrategie dran, möglichst viele Forschungsinstitutionen in den Kanton zu holen. Bühler kam bei der Zukunftsvision noch einmal auf die Coronapandemie zu sprechen. Diese habe gezeigt, dass der Kanton zusammenrücken könne, und sie habe die Kraft der Regionen gezeigt. «In meiner Vision macht Graubünden der Welt vor, wie man in urbanen und peripheren Räumen gut und aufeinander abgestimmt leben kann.»

Am Sonntag in zwei Wochen wird klar, wer die Gunst des Bündner Wahlvolkes für sich gewinnen konnte. Eine – zwangsläufig nicht repräsentative – Umfrage unter den Zuschauerinnen und Zuschauern der Podiumsdiskussion bestätigte aber das Indiz der «Südostschweiz»-Sotomo-Wahlumfrage, dass es wohl vor allem für den amtierenden Regierungsrat Jon Domenic Parolini eng werden dürfte mit der Wiederwahl (Ausgabe vom 13. April). Für Vetsch wird es ausserdem wohl nicht für einen Regierungseinzug reichen. Abgerechnet wird aber am 15. Mai.

Flims: Dialog geht in die zweite Runde

Das vom Flimser Gemeindevorstand mit Einbezug der Bevölkerung und der Zweiheimischen initiierte Projekt «Zukunft Flims» für eine kommunale Gesamtstrategie erreicht einen nächsten Meilenstein, wie die Gemeinde in einer Mitteilung schreibt. Nach den im März durchgeführten «Runden Tischen» mit interessierten Flimserinnen und Flimsern kommt es am Samstag, 7. Mai, um 20 Uhr in der Waldhaus-Arena zum «Dialog Zukunft Flims». Dabei werden laut Mitteilung vertiefte Einblicke in die Massnahmen geboten, die sich aus den Diskussionen im März sowie aus den Wortmeldungen unter zukunftflims.ch ergeben haben. Anmeldungen sind ab sofort für Flimser Einwohnerinnen und Einwohner möglich.

Zu den geplanten Themen gehört unter anderem der bezahlbare Wohnraum für Einheimische. Der Vorstand habe gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern über potenzielle Massnahmen gesprochen. So sollten inskünftig gemeindeeigene Liegenschaften mit entsprechenden Projekten weiterentwickelt werden. Auch solle eine Kommunikationsplattform für den Austausch innerhalb der Gemeinde eingerichtet werden, und im Rahmen eines Beratungsangebots würden Betroffene frühzeitig in Erbschaftsfragen unterstützt. Ein weiterer Fokus betrifft die Flimser Jugend, die unter anderem mehr Informations- und Kommunikationskanäle wünscht. (red)

Grünliberale sagen dreimal Ja

Die Grünliberale Partei Graubünden (GLP) hat vor Kurzem an einer Mitgliederversammlung die Parolen zu den eidgenössischen Vorlagen vom 15. Mai gefasst. Die Delegierten sprachen sich einstimmig für die Erweiterung des Schengen-Besitzstandes aus, wie es in einer Mitteilung heisst. Mit einem Ja zu Frontex könne die Schweiz als Schengen-Mitglied weiter für ein humanes Migrationssystem sowie für ordentliche Asylverfahren eingesetzt werden. Weiter fasste der Grossteil der Mitglieder die Ja-Parole zur Änderung des Transplantationsgesetzes. Zahlen aus anderen Ländern würden zeigen, dass die Widerspruchslösung zu mehr Organspenden führen würde. Ausserdem unterstützte eine klare Mehrheit der anwesenden Parteimitglieder das revidierte Filmgesetz. Denn mit der Gesetzesänderung würden faire Marktbedingungen geschaffen und das einheimische Filmschaffen gestärkt werden, heisst es weiter. (red)

INSERAT